

Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn



**Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom
15.07.2024**

Öffentlicher Teil

Ort	Pfaffenhofen a.d. Glonn, Reisererstr. 5
Vorsitzender	Zech, Helmut
Schriftführer	Schwaak, Michael
Eröffnung der Sitzung	Der Vorsitzende erklärt die Sitzung um 19:30 Uhr für eröffnet. Er stellt fest, dass sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen und dass Zeit, Ort und Tagesordnung für die öffentliche Sitzung gemäß Art. 52 Bay. Gemeindeordnung (GO) ortsüblich bekanntgemacht wurden.
Anwesend	Von den 15 Mitgliedern (einschl. Vorsitzender) des Gemeinderates sind 13 anwesend. Zech, Helmut Aschenbrenner, Christina Berglmeir, Stefan Hartmann-Brockhaus, Tobias Kalmbach, Georg Kalmbach, Richard Klein-Kennerknecht, Margarete Lampl, Stefan Mang, Harald Merk, Florian Naßl, Bernhard Steinhart, Marianne Weiß, Andreas
Es fehlen entschuldigt	Wild, Stefan Wolf, Manfred
	Der Vorsitzende stellt fest, dass der Gemeinderat Pfaffenhofen a. d. Glonn somit nach Art. 47 Abs. 2/3 GO beschlussfähig ist.
Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift	Die letzte öffentliche Sitzungsniederschrift vom 17.06.2024 wird ohne Einwand genehmigt. 13 : 0

1 Informationen

Sachverhalt:

Tagesordnungspunkte aus der letzten nichtöffentlichen Sitzung, für die die Veröffentlichung beschlossen wurde:

- Weitere Verwendung der bisher vermieteten Räume im Rückgebäude des Rathauses Egenburg:
Nach dem Umzug der Arztpraxis zum 01.05.2024 stehen die Räume derzeit ohne Nutzung leer. Zwei südlich angeordnete Räume sollen mit geringem Aufwand für die Nutzung des Rathauses vorbereitet werden. Alle weiteren Räume sollen, wie im Bestand vorhanden, zur ausschließlich gewerblichen Nutzung zur Vermietung angeboten werden.

Bürgermeister Zech informiert über folgenden weiteren Punkt:

Der Verwaltung liegen eMails eines Bürgers aus Unterumbach vor, der sich über die aktuelle Situation aufgrund der Baustelle beschwert. Herr Bürgermeister Zech erläutert den aktuellen Stand der Arbeiten sowie die Unvermeidbarkeit gewisser Einschränkungen und Beschwerlichkeiten für die Anlieger, die mit der Baustelle einhergehen. Diese Situation wie in Pfaffenhofen und in Wagenhofen und jetzt in Unterumbach ist sicherlich nicht einfach für die Anlieger, aber leider auch durch die vielen ineinandergreifenden Arbeiten (Kanal, Wasserleitungen, Straßenbeleuchtung usw.) nicht vermeidbar. Die Arbeiten gehen zügig im Zeitplan voran, die Baustelle wird von der Verwaltung laufend überprüft. Die beteiligten Firmen sowie das Ingenieurbüro wurden und werden weiterhin angehalten, die Baustelle ordnungsgemäß abzusichern und die Einschränkungen der Anlieger auf das notwendige Maß zu begrenzen. Herr Zech bedankt sich ausdrücklich für die Geduld und das gute Miteinander (Baufirmen und Anlieger) und zeigt großes Verständnis für die momentan betroffenen Bürger.

2 Haushalt 2024

2.1 Finanzplanung 2024

Sachverhalt:

Der Finanzplan wurde als Anlage zum Haushaltsplan im RIS zur Verfügung gestellt.

Beschluss:

Dem Finanzplan wird wie vorgelegt zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 12:0

ohne GR G. Kalmbach, der den Raum verlassen hat

2.2 Stellenplan 2024

Sachverhalt:

Der Stellenplan wurde als Anlage zum Haushaltsplan im RIS zur Verfügung gestellt.

Beschluss:

Dem Stellenplan wird wie vorgelegt zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 12:0

ohne GR Kalmbach, der den Raum verlassen hat

2.3 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2024

Sachverhalt:

Der Entwurf der Haushaltssatzung mit dem zugrundeliegenden Haushaltsplan 2024 wurde im RIS zur Verfügung gestellt. Herr Bürgermeister Zech und Herr Schwaak erläutern die Gesamtsituation im Verwaltungshaushalt und die Ansätze des Vermögenshaushalts.

Beschluss:

Der Haushaltssatzung 2024 und dem anliegenden Haushaltsplan einschließlich aller Anlagen wird wie vorgelegt zugestimmt. Die Anlage „Kreditermächtigung“ wurde noch ergänzt um die für 2025 lt. Finanzplan geplante Kreditaufnahme in Höhe von 2,3 Mio. €.

Abstimmungsergebnis: 13:0

3 Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Bioenergie Unterumbach"

Sachverhalt:

Der Entwurf des Durchführungsvertrags zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Bioenergie Unterumbach“ liegt dem Gemeinderat vor.

§ 4 Abs. 2 Satz 4 des Durchführungsvertrags wird wie folgt neu formuliert: „An der Kreuzung sind auf Rechnung des Vorhabenträgers zwei Straßenleuchten zu errichten.“

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Bioenergie Unterumbach“ wie vorgelegt mit der o.g. Änderung in § 4 Abs. 2 zu.

Abstimmungsergebnis: 13:0

4 Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Bioenergie Unterumbach“, Teilfläche der Fl.-Nr. 163 Gmkg. Unterumbach

4.1 Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden §§ 3(2) und 4(2) BauGB

Sachverhalt:

Mit dem Vorhabenbezogenen Bebauungsplan soll eine Bioenergieanlage ermöglicht werden, die das erzeugte Gas nach einer Aufbereitung als Bio-Methan in die Versorgungsleitungen einspeist. Damit lässt sich unabhängig vom Produktionsort und -zeitpunkt die Weiterverarbeitung des Bio-Methan zu Kraftstoff, Strom- oder Wärmeerzeugung sowie andere Prozesse verwenden. Die Einspeisung von Bio-

Methan aus heimischer Biomasse in das bestehende Gasnetz reduziert dabei den Verbrauch an fossilem Erdgas und damit auch die Emissionen von klimaschädlichen Treibhausgasen. Das bei diesem „Upgrading“ anfallende CO₂ wird nicht an die Atmosphäre abgegeben, sondern für die Lebensmittelindustrie aufbereitet und für einen wirtschaftlichen Transport vor Ort verflüssigt.

Aus den verbleibenden flüssigen und festen Gärresten kann Flüssigdünger, CO₂ in Lebensmittelqualität (z.B. Kohlensäure) und Trockeneis hergestellt werden. Die eingesetzte Biomasse wird aus einem Umkreis von etwa 40 km nach Unterumbach geliefert. Der Einsatz von Energiepflanzen ist nicht vorgesehen.

Die Erschließung des Gebietes erfolgt über die nördlich verlaufende St 2051. Diese wird mit einer Linksabbiegespur ergänzt.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB fand in der Zeit vom 18.12.2023 bis 05.02.2024. Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 18.03.2024 über die eingegangenen Stellungnahmen beraten und die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gem. §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB beschlossen.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit fand vom 30.04.2024 bis 31.05.2024 und die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange vom 22.04.2024 bis 23.05.2024 statt.

Die eingegangenen Stellungnahmen zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Bioenergie Unterumbach“ werden in diesem Beschlussvorschlag behandelt.

Von Bürgern ging eine Stellungnahme ein.

Folgende Träger öffentlicher Belange wurden beteiligt:

- Landratsamt Dachau, SG 40 Bauleitplanung
- Landratsamt Dachau, Brandschutzdienststelle
- Wasserwirtschaftsamt München
- Staatl. Bauamt Freising, Servicestelle München
- Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- Bayernwerk AG
- Zweckverband zur Wasserversorgung der Adelburggruppe
- Gemeinde Odelzhausen

Folgende Träger öffentlicher Belange haben keine Stellungnahme abgegeben:

- Gemeinde Odelzhausen

Stellungnahmen ohne Anregungen oder Einwände abgegeben:

- Deutsche Telekom AG vom 05.01.2024
- Vodafone Kabel Deutschland vom 05.02.2024
- Gemeinde Eurasburg vom 15.12.2023

Folgende Träger öffentlicher Belange haben Stellungnahmen zum Bebauungsplan abgegeben:

- Landratsamt Dachau, Rechtliche Belange vom 15.05.2024
- Landratsamt Dachau, Technischer Umweltschutz vom 14.05.2024
- Landratsamt Dachau, Untere Naturschutzbehörde vom 15.05.2024
- Landratsamt Dachau, Brandschutzdienststelle vom 07.05.2024
- Wasserwirtschaftsamt München vom 02.05.2024
- Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten FFB vom 23.05.2024
- Bayernwerk Netz GmbH vom 21.05.2024
- Zweckverband zur Wasserversorgung der Adelburggruppe vom 15.01.2024
- Staatliches Bauamt Freising E-Mail vom 22.05.2024

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Darlegungen im Sachverhalt zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: 13:0

4.1.1 Bürger vom 16.05.2024

Sachverhalt:

Wir sind besorgte Bürger der Gemeinde Odelzhausen.

Wir nehmen kritisch Stellung zum im Betreff genannten Bebauungsplan, insbesondere zu „Teil C, Begründung, Ziffer „3.2. Verkehrsaufkommen“ und Ziffer „6. Naturschutz/Schutzgebiete/Artenschutz“.

In Punkt 3.2. Ihrer Begründung, Teil C wird bekanntgegeben, dass pro Jahr insgesamt 160.000.000 kg Mist, Gülle und Bioabfälle zur neu geplanten Anlage mit Schwerlastenfahrzeugen transportiert werden sollen.

Die überwiegende Anzahl der insgesamt unglaublichen 16.200 Transportwege/Jahr wird über die Ausfahrt Odelzhausen der A8 und über die Gemeindestraßen der Gemeinde Odelzhausen bis zum Kreisverkehr Höfa- Nord und darüber hinaus auf die Staatsstraße ST 2051 zur neuen Bioenergieanlage führen.

Hierdurch entstünden für die Gemeindebürger der Gemeinde Odelzhausen folgende, erhebliche Nachteile und schwerwiegende Belastungen (auch schon in der Bauphase durch Baustellenfahrzeuge):

- Noch vollere Straßen und mehr Staus in Odelzhausen
- Umwelt- und Luftverschmutzung
- Schlechtere CO₂- Werte und Klimabilanz für die Gemeinde Odelzhausen
- Höhere Gefahr durch Verkehrsaufkommen für Kinder (z. B. Kinderhaus Höfa- Nord) und Erwachsene
- Extreme Lärmbelästigung durch Schwer- LKW in den angrenzenden Wohngebieten, z. B. Neubaugebiet Höfa-Nord
- Hohe Folgekosten in Bezug auf die Straßeninstandhaltung; jeder der 16.200 Transportwege pro Jahr hat ca. 10t Ladegewicht zzgl. LKW- Gewicht

Der letzte Satz in Punkt 3.2., Teil C, Begründung „Von einer wesentlichen zusätzlichen Verkehrsbelastung der umgebenden Siedlungen kann nicht ausgegangen werden“ ist deshalb bezogen auf die Bürger in Odelzhausen schlichtweg falsch. Selbstverständlich kämen die oben aufgezeigten Belastungen auf die Bürger in Odelzhausen zu.

Dazu kommt, dass sich die Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn mit der neuartigen, angeblich umweltfreundlichen Anlage positiv präsentiert, während die Bürger von Odelzhausen die erheblichen Nachteile inkl. Umweltschäden tragen müssen.

Wir fordern deshalb, die Verkehrsbelastung und die weiteren oben beschriebenen Nachteile noch einmal fundiert zu prüfen. Wenn hierzu keine vernünftige Lösung zu finden ist, ist das Vorhaben abzubrechen.

Zu Ziffer 6- Naturschutz/Schutzgebiete/Artenschutz

In diesem Punkt wird in Teil C, Begründung darauf hingewiesen, dass es angeblich keine Hinweise auf schützenswerte Arten gibt. Dies stimmt nach unserer Auffassung nicht. Wir geben Ihnen hiermit den Hinweis, dass das Bebauungsplangebiet nach unserer Beobachtung der Lebensraum des Rotmilans ist, der sich von dort und den angrenzenden Wäldern bis nach Höfa-Nord zieht.

Der Lebensraum dieser in Bayern streng geschützten Art würde durch die Anlage zerstört oder gestört werden. Dies müsste unter Einbindung des BUND Naturschutz bzw. des Vogelschutzbundes noch einmal geprüft werden.

Weitere generelle Aufforderung

Außerdem müsste die Klimabilanz der gesamten Bioenergieanlage noch einmal unter Berücksichtigung von Transportwegen (40 km einfach mit Schwer-LKW), CO₂ -Ausstößen von

Transportfahrzeugen, Lärmbelästigung für Menschen, notwendigen Straßeninstandhaltungen, der zu transportierende Ladung (Tierexkremente- CO₂- lastig), Vernichtung von Biodiversität und Lebensräumen für viele Tiere neu berechnet und von den Entscheidern gewürdigt werden.

AbwägungVerkehrsaufkommen

Wie in der Begründung dargelegt sind täglich etwa 35 bis 45 Transportwege zu erwarten. Welchen Umfang der tatsächliche Verkehr über die ST 2051 durch Höfa und Odelzhausen einnimmt, lässt sich nicht genau beziffern und ist letztlich von den zuliefernden landwirtschaftlichen Betrieben abhängig. Die Anlage wird die umliegenden Landkreise Aichach, Fürstenfeldbruck und Dachau bedienen. Damit ergeben sich drei Haupttransport-Richtungen aus Westen, Süden oder auch von Osten her. Die Anlieferung von Südwesten wird nach Einschätzung der Gemeinde Pfaffenhofen a.d. Glonn allerdings auch über die Kreisstraßen DAH 7 und DAH 14 und damit über die Ortsteile Stockach und Oberumbach erfolgen. Bei einem Ansatz von 1/3 Fahrten pro Hauptrichtung ergeben sich jeweils 12-15 Fahrten am Tag.

Ein Teil des zusätzlichen Verkehrsaufkommens wird auch über die ST 2051 durch Odelzhausen und Höfa zur A 8 stattfinden. Ein weiterer Teil des Materialtransportes erfolgt zudem über Miegensbach und Hadersried. Sämtliche Fahrbewegungen werden nicht wie in der Stellungnahme unterstellt, allein durch Odelzhausen und Höfa abgewickelt, sondern verteilen sich auf das umliegende Verkehrsnetz aus Kreis- und Staatsstraßen.

Fakt ist, dass die Augsburgsberger Straße in Höfa als Staatsstraße gewidmet und somit – zusammen mit den Kreisstraßen – dafür bestimmt ist, den Durchgangsverkehr, den überörtlichen Verkehr innerhalb eines Landkreises, den Verkehr zwischen benachbarten Landkreisen oder den erforderlichen Anschluss an das überörtliche Verkehrsnetz herzustellen.

Nach der Verkehrszählung von 2021 ist an der Augsburgsberger Straße in Höfa von etwa 1.300 Fahrzeugen - davon ca. 180 Lkw - täglich auszugehen. Selbst wenn die Hälfte des angenommenen zusätzlichen Verkehrs von und zur Biogasanlagen sich auf das Gemeindegebiet von Odelzhausen erstreckt, wären dies weitere 23 Lkw-Fahrbewegungen pro Tag oder 2 / Stunde. Von einer wesentlichen Verkehrsbelastung der Gemeinde Odelzhausen kann somit nicht ausgegangen werden.

Naturschutz/Schutzgebiete/Artenschutz

Der Bund Naturschutz, der Landesbund für Vogelschutz und insbesondere die untere Naturschutzbehörde am Landratsamt Dachau sind am Verfahren zur Aufstellung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes beteiligt. Artenschutzrechtliche Hinweise von den Beteiligten liegen nicht vor.

Das Areal wurde avifaunistisch untersucht und bewertet. Die im Gebiet angetroffenen Vogelarten – darunter auch der Rot-Milan - sind auf Seite 8 des Umweltberichtes dargelegt.

Der Rotmilan brütet in Wäldern und an Waldrändern und nutzt das Offenland zur Jagd. Brutstandorte sind mit der durch das Sondergebiet überplanten Ackerfläche nicht betroffen. Allein die Offenlandflächen südlich der ST 2051 bis zu den Siedlungsflächen umfassen ca. 1,5 km². Damit kann auch von einer Beeinträchtigung des Jagdhabitats nicht ausgegangen werden.

Sonstiges

Ziel der Bundesrepublik Deutschland ist es, bis zum Jahr 2045 klimaneutral zu werden. Dies gilt für die Energie- und Wärmeversorgung wie auch für den Verkehr. Zudem bedingt die bisherige Verwertung/Verwendung der Gärsubstrate (Gülle, Mist etc.) auch Transportbewegungen.

Die vorgesehenen Biogasanlage, mit der in der der Begründung beschriebenen Verwendung und Verwertung des Biogases sowie der Gärreste, trägt wesentlich zur Verringerung von CO₂-Emissionen in die Atmosphäre mit bei. Auf die Begründung zum Bebauungsplan ist zu verweisen.

Die Behauptung, wonach mit der Anlage eine Vernichtung der Biodiversität und von Lebensstätten eintritt, ist weder begründet noch zutreffend.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: 13:0

4.1.2 Landratsamt Dachau, Rechtliche Belange vom 26.04.2024**Sachverhalt:**

Aufgrund aktueller Rechtsprechung wird folgender Hinweis zu den DIN-Vorschriften gegeben:

Amtlicher Leitsatz:

Den rechtsstaatlichen Anforderungen an die Verkündung eines Bebauungsplans ist nicht genügt, wenn dessen textliche Festsetzungen auf eine nicht öffentlich zugängliche DIN-Vorschrift Bezug nehmen, aber weder die Bekanntmachung noch die Planurkunde auf die Möglichkeit der Einsichtnahme bei der Verwaltungsstelle hinweist, bei der auch der Bebauungsplan eingesehen werden kann. (amtlicher Leitsatz) (BVerwG, Beschluss vom 18.08.2016 – 4 BN 24.16; VGH München, Urteil vom 26.05.2023 – 9 N 19.699).

Der Gemeinde wird geraten, einen Hinweis in den Bebauungsplan oder die Bekanntmachung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans aufzunehmen.

Im vorgelegten Planentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans wurde die Darstellung der Mitarbeiterparkplätze ergänzt. Es wird geraten, diese Darstellung auch im Vorhaben- und Erschließungsplan zu übernehmen.

Abwägung

Im vorliegenden Vorhabenbezogenen Bebauungsplan werden keine Festsetzungen getroffen, die entsprechende DIN-Vorschriften zur Grundlage haben.

Eine Schalltechnische Untersuchung wie sie im Vorentwurf angedacht war, ist für den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan nicht mehr erforderlich. Nach der Stellungnahme des Technischen Umweltschutzes findet die Prüfung im Immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren statt.

In der Planzeichnung sind die Parkplätze für Mitarbeiter und Besucher grafisch als Hinweis dargestellt. Im Vorhaben- und Erschließungsplan wird die Lage durch Text gekennzeichnet. Generell liegt bzgl. der Parkplätze somit kein Widerspruch vor.

Die grafische Lage der Stellplätze kann im Vorhaben- und Erschließungsplan aber auch ergänzt werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: 13:0

4.1.3 Landratsamt Dachau, Technischer Umweltschutz vom 14.05.2024**Sachverhalt:****Luftreinhaltung**

Zur Luftreinhaltung wurde eine Immissionsprognose hinsichtlich Geruchs und Ammoniak sowie Stickstoffdeposition der Müller-BBM Industry Solutions GmbH, Bericht Nr. M173570/02 vom 10.04.2024, vorgelegt.

Die Immissionsprognose bezieht sich dabei nur auf die Biogasanlage, welche als Nebeneinrichtung der Biogasaufbereitungsanlage fungiert. Weitere möglicherweise vorhandene Emissionsquellen, wie z.B. von der Upgrading Anlage, wurden bisher noch nicht berücksichtigt.

Die Immissionsprognose kann aus unserer fachlichen Sicht jedoch für eine erste Einschätzung, ob das geplante Vorhaben immissionsschutzrechtlich genehmigungsfähig ist, herangezogen werden. Aufgrund der Entfernung von ca. 400 m zur nächsten Wohnbebauung sind keine erheblichen Belästigungen durch Gerüche zu erwarten. Zudem sind durch die weitgehend geschlossene Bauweise der Biogasanlage keine erheblichen Beeinträchtigungen von empfindlichen Pflanzen und Ökosysteme durch Ammoniak bzw. Stickstoffdeposition zu erwarten.

Eine detaillierte Immissionsprognose kann erst im Genehmigungsverfahren nach § 4 BImSchG unter Berücksichtigung der eingereichten Antragunterlagen erstellt und geprüft werden.

Wir bitten daher in der Begründung unter Nr. 5 Immissionsschutz eine Ergänzung einzufügen, dass die Immissionsprognose zur vorläufigen Einschätzung, dass keine erheblichen Geruchsbelästigungen und

schädliche Umwelteinwirkungen zu erwarten sind, herangezogen werden kann und eine eingehende Prüfung im nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren noch erfolgen wird.

Satzung

In Nr. 2.1 Art der baulichen Nutzungen wurde die Lagerung von Methan in gasförmiger und flüssiger Form hinzugefügt, um den nach unserem Kenntnisstand (siehe unsere Stellungnahme vom 26.01.2024) geplanten Flüssiggaslagertank aufzunehmen. Wir weisen darauf hin, dass Flüssiggas kein flüssiges Methan ist und bitten in Abstimmung mit dem geplanten Anlagenbetreiber zu klären welche Gase in flüssiger Form im Plangebiet gelagert werden und dies ggf. redaktionell anzupassen.

Wir weisen nochmal darauf hin, dass die Angaben unter Nr. 2.9 eher eine Auflage im zukünftigen Genehmigungsbescheid darstellen. Wir empfehlen die Angaben im Bebauungsplan ggf. als Hinweis aufzunehmen.

Begründung

Unter Nr. 3.2 wurden Angaben zum Verkehrsaufkommen ergänzt. Die Zufahrt zum Plangebiet erfolgt ausschließlich über die St 2051 entweder aus westlicher oder östlicher Richtung. Die getätigten Angaben über drei Haupt-Transportrichtungen sind daher nicht nachvollziehbar. Zudem wird der zu erwartende Fahrverkehr im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens näher untersucht werden. Wir bitten die Begründung entsprechend anzupassen.

In Nr. 10 Literatur/Quellenangaben bitten wir „Müller-BBP“ in Müller-BBM Industry Solutions GmbH zu ändern.

Umweltbericht

Unter Punkt 1.2.1 „Lärmschutz“ wird immer noch auf Emissionskontingente in einer schalltechnischen Untersuchung verwiesen. Wie bereits in unserer ersten Stellungnahme vom 26.01.2024 ausgeführt, ist eine Kontingentierung im Plangebiet nicht zielführend. Im Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz wird der Lärmschutz eingehend geprüft werden. Wir bitten daher die Ausführungen zur Kontingentierung zu streichen.

Unter Nr. 5.2.2 Betriebsphase im Abschnitt „Mensch“ wird darauf eingegangen, dass keine erheblichen Geruchsbelastungen in Unterumbach zu erwarten sind. Wir bitten hier noch auf die o.g. Geruchsimmissionsprognose der Müller-BBM Industry Solutions GmbH zu verweisen.

Allgemeiner Technischer Bericht

Laut der Abwägung des Gemeinderats vom 18.03.2024 soll der allgemeine technische Bericht Bestandteil des Bebauungsplans sein. In der Satzung zum Bebauungsplan unter Punkt 1 ist dieser jedoch nicht aufgeführt. Wir weisen darauf hin, dass der Bericht einen technischen Eindruck von der Anlage vermittelt. Die Wahrscheinlichkeit ist jedoch hoch, dass sich bezüglich des Genehmigungsverfahrens noch Änderungen ergeben. Diese könnten beispielsweise die Menge an Einsatzstoffen oder ähnliches betreffen. Es sollte demnach darauf hingewiesen werden, dass endgültige Angaben erst in den Antragsunterlagen des Genehmigungsverfahrens vorzufinden sind.

Abwägung

Luftreinhaltung

Die Anregung wird aufgegriffen und in der Begründung ergänzt, dass mit der Immissionsprognose von Müller-BBM Industry Solutions GmbH, Bericht Nr. M173570/02 vom 10.04.2024 eine vorläufige Einschätzung vorliegt und demnach keine erheblichen Geruchsbelastungen und schädliche Umwelteinwirkungen zu erwarten sind. Eine eingehende Prüfung erfolgt im nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren.

Satzung

Die Anregung wird aufgegriffen und unter Ziffer 2.1 die Aussagen bzgl. Gasen präzisiert. Die bisherige Formulierung „Methan in gasförmiger und flüssiger Form“ wird durch Flüssiggas ersetzt und ergänzend auch Anlagen zur Lagerung von sonstigen technischen Gasen mit aufgenommen.

Die Regelung unter Ziffer 2.9 Immissionsschutz wird unter die Hinweise verschoben.

Begründung

Die Verkehrsanbindung und die Anlieferung aus den Landkreisen Aichach-Friedberg, Fürstenfeldbruck und Dachau. Damit ergeben sich drei Haupttransport-Richtungen aus Westen, Süden oder auch von Osten her.

Die direkte Anbindung des Sondergebietes an das öffentliche Verkehrsnetz erfolgt über die Staatstraße 2051. Nachdem auch Anlieferung von Südwesten her zu erwarten sind, wird sich der der Verkehr aus Richtung Süden auch über die Kreisstraßen DAH 7 und DAH 14 und weiter über Gemeindeverbindungsstraßen zur ST 2051 erstrecken. Somit erfolgen die Verkehrsbewegungen auf den letzten Metern über die Staatstraße 2051. Diese ist aber nicht isoliert zu betrachten.



Umweltbericht

Die Aussagen im Umweltbericht werden aktualisiert und die Passagen zur Kontingentierung entfernt. Die Grundlagen zur Erstellung des Umweltberichtes sind einschl. der Immissionsprognose Geruch, Ammoniak, Stickstoffdeposition mit der Bericht-Nr. M173570/02 unter Ziffer 7 aufgeführt. Hier und im Literatur-/Quellenverzeichnis wird die aktualisierte Bezeichnung „Müller-BBM Industry Solutions GmbH“ angepasst.

Vorhaben- und Erschließungsplan / Technischer Bericht

Bestandteil des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes ist der Vorhaben- und Erschließungsplan.

Unter Ziffer 1 der Satzung wird dargelegt, dass der Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP) dem Vorhabenbezogenen Bebauungsplan beiliegt. Dabei ist der VEP im Wesentlichen mit dem technischen Bericht identisch.

Entscheidend für den Vorhabenbezogenen Bebauungsplan ist, dass **keine Widersprüche zwischen dem Bebauungsplan und VEP vorliegen**. Sich ggf. im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung ergebende Anpassungen im technischen Bericht, beispielsweise hinsichtlich Einsatzstoffen und Mengen, sind nicht relevant, da der Vorhabenbezogene Bebauungsplan weder die Einsatzstoffe noch die Mengen festsetzt.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die o.g. redaktionellen Anpassungen. Die weiteren Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: 13:0

4.1.4 Landratsamt Dachau, Untere Naturschutzbehörde vom 15.05.2024

Sachverhalt:

Zur dreieckigen Ausbuchtung des Sondergebiets an der östlichen Grenze:

Sofern diese Ausbuchtung nicht für spezielle Betriebsabläufe nötig ist, wäre das Belassen des Altgras- und Brachestreifens bzw. -saums am Waldrand eine ökologisch sinnvolle Alternative. Die östliche Grenze des Sondergebiets sollte daher begradigt werden

Abwägung

Auf Höhe der genannten Ausbuchtung befindet sich die Annahmehalle der Biogasanlage. Der Bereich des Sondergebietes wird somit für die Abwicklung des Verkehrs benötigt.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Ausführung zur Kenntnis und hält an der bestehenden Planung fest.

Abstimmungsergebnis: 13:0

4.1.5 BV Pfaffenhofen

Sachverhalt:

Grundlage sind die per Mail vom 18.04.2024 vorgelegten Unterlagen. Nachdem es sich um einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan handelt, erlauben wir uns, an dieser Stelle bereits konkrete Anforderungen zu definieren.

1. Allgemeines

Nach Artikel 1 Absatz 1 Bayerisches Feuerwehrgesetz (BayFwG) haben die Gemeinden als Pflichtaufgabe, im eigenen Wirkungskreis dafür zu sorgen, dass drohende Brand- und Explosionsgefahren beseitigt und Brände wirksam bekämpft werden (abwehrender Brandschutz) sowie ausreichend technische Hilfe bei sonstigen Unglücksfällen oder Notständen im öffentlichen Interesse geleistet wird (technischer Hilfsdienst).

Nach Absatz 2 haben die Gemeinden zur Erfüllung dieser Aufgaben in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gemeindliche Feuerwehren (Art. 4 Abs. 1 BayFwG) aufzustellen, auszurüsten und zu unterhalten.

Die Leistungsfähigkeit der gemeindlichen Feuerwehren für das vorliegende Baugebiet halten wir auf Grund der vorgelegten Unterlagen für ausreichend. Entsprechend des jeweils gegebenen Schadensereignisses werden diese durch Feuerwehren aus umliegenden Gemeinden unterstützt.

Dabei wurde bereits das kurz vor der Fertigstellung befindliche neue HLF 20 der FF Pfaffenhofen an der Glonn berücksichtigt. Dies betrifft unter anderem die Ausrüstung mit Schutzzanzügen Form II, Mehrfachgaswarngerät und Es-/Ox-Warngerät als Mehrausstattung zum Bestands-Löschgruppenfahrzeug.

Sollte sich aus der konkreten weiterführenden Bauplanung heraus ein bisher nicht bekanntes Gefahrenpotential ergeben, werden wir dies zu dann gegebener Zeit bewerten und, falls geboten, weitere Stellungnahmen abgeben.

Örtlich zuständige Feuerwehr: Freiwillige Feuerwehr Unterumbach

- Stärke: 1 Staffel nach FwDV 3 mit TSF
- Einhaltung der Hilfsfrist: überwiegend gesichert
- Bemerkungen: kein Hubrettungsgerät

Unterstützende Feuerwehr: Freiwillige Feuerwehr Pfaffenhofen an der Glonn

- Stärke: 1 Löschgruppe nach FwDV 3, aktuell mit LF8/6, künftig mit HLF 20
- Einhaltung der Hilfsfrist: überwiegend gesichert
- Bemerkungen: kein Hubrettungsgerät

2. Löschwasserversorgung und -rückhaltung

Die zur Verfügung zu stellende Löschwassermenge richtet sich nach der Art und Größe der Bebauung und ist dementsprechend zu ermitteln. Grundlage dafür ist das DVGW-Arbeitsblatt W 405.

Bauliche Nutzung nach §17 der Baunutzungsverordnung	Reine Wohngebiete (WR)		Gewerbegebiete (GE) Kerngebiete (MK)			Industriegebiete (GI)
	Allgem. Wohngebiete (WA)					
	Besondere Wohngebiete (WB)					
	Mischgebiete (MI)					
	Dorfgebiete (MD)					
Zahl der Vollgeschosse (N)	N<=3	N>3	N<=3	N=1	N>1	-
Geschossflächenanzahl (GFZ)	0,3 <= GFZ <= 0,7	0,7 < GFZ <= 1,2	0,3 <= GFZ <= 0,7	0,7 < GFZ <= 1	1 < GFZ <= 2,4	-
Baumassenanzahl (BMZ)	-	-	-	-	-	BMZ <=9
Löschwasserbedarf						
Bei unterschiedlicher Gefahr der Brandausbreitung	l/min (m3/h)	l/min (m3/h)	l/min (m3)	l/min (m3/h)	l/min (m3/h)	l/min (m3/h)
Klein	800 (48)	1.600 (96)	800 (48)	1.600 (96)	1.600 (96)	1.600 (96)
Mittel	1.600 (96)	1.600 (96)	1.600 (96)	1.600 (96)	1.600 (96)	3.200 (192)
Groß	1.600 (96)	3.200 (192)	1.600 (96)	3.200 (192)	3.200 (192)	3.200 (192)

Somit ergibt sich für den vorliegenden Bereich ein Löschwasserbedarf von mindestens 96 m³/h über min. 2 h. (Hinweis: Kennzeichnung in der Tabelle).

Die Löschwasserversorgung für den ersten Löschangriff zur Brandbekämpfung und Rettung von Personen muss in einer Entfernung von max. 75 m Lauflinie bis zum Zugang des Grundstücks von der öffentlichen Verkehrsfläche aus sichergestellt sein. Die erste Löschwasserentnahmestelle soll dabei eine Entnahme von mindestens 24 m³/h ermöglichen. Darüber hinaus können weitere Entnahmestellen bis zu einer Entfernung von 300 m Lauflinie herangezogen werden.

Ein Nachweis nach DVGW W405 ist durch den Wasserversorger vorzulegen.

Sofern die erforderliche Löschwassermenge über das Hydrantennetz nicht vollumfänglich zur Verfügung gestellt werden kann, sind ergänzend auch alternative Versorgungsmöglichkeiten denkbar. Löschwasserbrunnen, Löschwasserteiche und unterirdische Löschwasserbehälter sind den einschlägigen DIN-Normen entsprechend zu errichten und zu unterhalten. Auf die dafür notwendigen Flächen für die Feuerwehr ist dabei zu achten.

Die Festlegung über die Positionierung dieser Löschwasserversorgungseinrichtungen ist im Vorfeld mit der Brandschutzdienststelle abzustimmen.

3. Feuerwehrflächen, soweit erforderlich

Notwendige Flächen der Feuerwehr sind nach der Richtlinie „Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr“ zu erstellen und in Betrieb zu halten, sowie entsprechend freizuhalten.

4. Anleiterbare Stellen, soweit erforderlich

Gebäude, deren zweiter Rettungsweg über Rettungsgeräte der Feuerwehr führt und bei denen die Oberkante der Brüstung von zum Anleitern bestimmter Fenster oder Stellen mehr als 8 m über Geländeoberfläche liegt, dürfen nur errichtet werden, wenn die Feuerwehr über die erforderlichen Rettungsgeräte wie Hubrettungsfahrzeuge verfügt. Für den zweiten Flucht- und Rettungsweg für die Aufenthaltsbereiche im Dachgeschoss ist zu beachten, dass die Wege auf der Dachfläche vom Austrittsbereich der Aufenthaltsräume auf die Dachfläche bis zu einer möglichen Anleiterstelle für die Feuerwehr hindernisfrei und ohne abschließbare Abtrennungen begehbar sein müssen.

Aufstellplätze wo tragbare Leitern zum Einsatz gebracht werden, müssen eben sein und zu jeder Zeit freigehalten werden.

5. Tragbare Leitern

Ein zugelassenes Hubrettungsfahrzeug der Feuerwehr steht im betroffenen Bereich in der Hilfsfrist nicht zur Verfügung.

Grundsätzlich wird durch die Feuerwehr als zweiter Flucht- und Rettungsweg die vierteilige Steckleiter bereitgestellt und verwendet. Bei einer Gesamtlänge von 8,40 m kann eine Rettung von Personen aus einer Höhe von max. 8,00 m (Anstellwinkel 65 – 75 Grad) bei geeigneten Festhaltungsmöglichkeiten wie beispielsweise Fensterrahmen oder Balkongeländer ermöglicht werden. Dies entspricht i.d.R. einem dreigeschossigen Gebäude (E + 2; Oberkante Fußboden 7,00 m + max. 1,00 m Brüstungshöhe).

Gebäude, deren zweiter Rettungsweg über Rettungsgeräte der Feuerwehr führt und bei denen die oben genannten Bedingungen für den Einsatz der vierteiligen Steckleiter nicht gegeben sind, dürfen nur errichtet werden, wenn die Feuerwehr über die erforderlichen Rettungsgeräte wie Hubrettungsfahrzeuge verfügt.

Dies ist bei der Planung der Gebäude hinsichtlich Höhe der oberen Aufenthaltsräume zur Sicherung des zweiten Flucht- und Rettungswegs zu beachten.

Bei der Betrachtung von über die Leitern der Feuerwehren zu rettenden Personen geht man von folgenden Punkten aus, was sich auf die Personenzahl in Nutzungseinheiten auswirkt.

- Bei Wohngebäuden je Nutzungseinheit 3-4 Personen
- Grundsätzlich selbständig handelnde und sich bewegende Menschen, Zeitansatz ca. 3 min pro Person
- Bei mehr als 10 Personen, die über Leitern der Feuerwehr zu retten sind, ist im Allgemeinen nicht mehr von einer Rettung im Sinne einer körperlichen Unversehrtheit auszugehen (Zeitbedarf ca. 30 min zuzüglich der Hilfsfrist von 10 min).
- Handelt es sich bei den zu rettenden Personen um Kinder, ältere Personen, vergleichbare Personengruppen mit eingeschränkter Mobilität und Selbstrettungsfähigkeit, vergrößert sich der Zeitansatz bzw. reduziert sich die Anzahl der über die Leitern der Feuerwehr zu rettenden Personen entsprechend.

In allen anderen Fällen ist eine Rettung durch die Feuerwehr über Leitern nicht anzusetzen. Der zweite Rettungsweg muss dann ggf. baulich durch weitere Treppen (notwendige Treppen oder Fluchttreppen) sichergestellt werden.

6. Anleiterbare Stellen

Für den zweiten Flucht- und Rettungsweg aus Aufenthaltsbereichen im Dachgeschoss ist zu beachten, dass evtl. Wege auf der Dachfläche vom Austrittsbereich der Aufenthaltsräume auf die Dachfläche bis zu einer möglichen Anleiterstelle für die Feuerwehr hindernisfrei und ohne abschließbare Abtrennungen begehbar sein müssen.

Der horizontale Abstand zwischen für die Rettung von Menschen notwendigen Dachfenstern und der Traufe darf 1 m nicht überschreiten.

Sollen Leitern der Feuerwehr zum Einsatz kommen, müssen die dafür vorgesehenen Aufstellflächen eben und zu jederzeit freigehalten sein entsprechend den Regelungen für Flächen für die Feuerwehr.

Der Transportweg für tragbare Leitern der Feuerwehr darf 50 m Lauflänge nicht überschreiten. Die Entfernung wird entweder von der öffentlichen Verkehrsfläche aus gemessen oder von den dafür vorgesehenen Bewegungsflächen im Sinne der Richtlinien über Flächen für die Feuerwehr.

7. Feuerwehrplan (DIN 14095)

Für das geplante Objekt ist ein Feuerwehr-Einsatzplan zu erstellen und vor der Inbetriebnahme zur Abstimmung an die Brandschutzdienststelle zur Überprüfung zu senden. Details zum Feuerwehrplan sind mit der Brandschutzdienststelle (brandschutzdienststelle@lra-dah.bayern.de, Telefon 08131 74 2001) abzustimmen. Die fertigen und abgestimmten Pläne sind in 4-facher Ausfertigung sowie als pdf-Datei zu übergeben.

8. Sonstige Punkte

Im Zuge der Inbetriebnahme der Biogasanlage ist den örtlich zuständigen Feuerwehren durch den Betreiber die Möglichkeit für eine Besichtigung und Übung zu ermöglichen. Die Durchführung soll durch die Feuerwehr bestätigt werden.

An der Zufahrt ist gut sichtbar, dauerhaft und alterungsbeständig ein Hinweisschild mit den Erreichbarkeiten des Betreibers anzubringen.

Die Stromerzeuger, die auf den Löschfahrzeugen der Feuerwehren mitgeführt werden, stehen für eine Notstromversorgung der Anlage bei längeren Stromausfällen nicht zur Verfügung (das Fahrzeug stünde dann für andere Einsätze nicht mehr zur Verfügung) und sind überwiegend technisch dafür auch nicht geeignet. Zur Vermeidung kritischer Anlagenzustände bei längeren Stromausfällen soll vom Betreiber ein Konzept erstellt werden, das nicht auf Stromerzeuger der Feuerwehren basiert.

Abwägung

Die Stellungnahme ist identisch mit der vom 22.12.2023.

Auf die Beschlussfassung vom 18.03.2024 ist zu verweisen.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis und verweist auf die Beschlussfassung vom 18.03.2024.

Abstimmungsergebnis: 13:0

4.1.6 Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Fürstenfeldbruck vom 23.05.2024

Sachverhalt:

das AELF Fürstenfeldbruck nimmt wie folgt Stellung:

Bereich Landwirtschaft

Es bestehen **keine Einwände**.

Bereich Forsten

Das geplante Sondergebiet grenzt an Wald. Schädliche Einwirkungen aller Art sind auszuschließen.

Laut Gutachten in den Antragsunterlagen sind aufgrund geringer Ammoniakemissionen in diesem Bereich keine schädlichen Auswirkungen zu erwarten.

Sollte sich im Laufe des Betriebs der Biogasanlage eine Änderung der Anlage oder der behandelten Stoffe ergeben, muss erneut nachgewiesen werden, dass Schäden am Wald nicht zu erwarten sind.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis. Ergänzend ist auf das Immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren zu verweisen.

Abstimmungsergebnis: 13:0

4.1.7 Wasserwirtschaftsamt München vom 02.05.2024

Sachverhalt:

Niederschlagswasserbeseitigung:

Die Niederschlagswasserbeseitigung wird in der Begründung unter 3.4, in der Satzung unter 2.10 sowie im Umweltbericht unter 5.2.2 und 10 erläutert.

Demnach soll das anfallende Niederschlagswasser über einen bestehenden Trennkanal der Gemeinde Pfaffenhofen in ein Oberflächengewässer (Umbach) eingeleitet werden.

Die Drosselung in den Regenwasserkanal soll mit 100 l/s erfolgen. Aufgrund der Bodenverhältnisse sei eine Versickerung von Niederschlagswasser innerhalb der Sondergebietsfläche problematisch.

Parallel zum BP-Verfahren sind wir im wasserrechtlichen Verfahren zur Niederschlagswasserbeseitigung der Biogasanlage beteiligt. Demnach ist die Niederschlagswasserbeseitigung, insbesondere die Ableitung, anders geplant wie hier dargestellt:

Das Niederschlagswasser soll zurückgehalten und gedrosselt in einen Zufluss zum Umbach eingeleitet werden.

Aus fachlicher Sicht dürfen in Summe in Unterumbach max. 350 – 400 l/s aus Niederschlagswassereinleitungen in den Umbach und seine Zuflüsse eingeleitet werden. Im vorliegenden Vorhaben dürfen max. 35 l/s in das Nebengewässer eingeleitet werden. Die Verteilung dieser Menge ist zwischen Antragsteller, der Gemeinde Pfaffenhofen und ggf. weiteren Einleitern abzustimmen

Starkregen / wild abfließendes Wasser:

Das Vorhabengebiet liegt nicht innerhalb eines Überschwemmungsgebiets.

Hochwasser kann jedoch auch fernab von Oberflächengewässern in Form von Starkregenereignissen auftreten. Wir empfehlen deshalb dringend auf das Auftreten von Starkregenereignisse und wild abfließendem Wasser hinzuweisen. Hier ist ebenfalls darauf zu achten, dass das Vorhaben keine negativen Auswirkungen auf Dritte hat. Dabei ist auch die östlich gelegene Geländemulde mit einzubeziehen.

Abwägung

Niederschlagswasserbeseitigung

Das Konzept zur Niederschlagswasserbeseitigung wurde zwischenzeitlich unter Abstimmung des WWA überarbeitet. Demnach soll Niederschlagswasser vor Ort über technische Einrichtungen (Sickerschächte) versickert.

Die Ausführungen im Bebauungsplan zur Entwässerung werden nachrichtlich aktualisiert.

Starkregen / wild abfließendes Wasser

Nachfolgende Grafik auf Grundlage des DGM 5 zeigt den Wasserabfluss im Planungsraum.



Demnach wird deutlich, dass wild abfließendes Oberflächenwasser von außerhalb aufgrund der vorhandenen Topografie nicht in das künftige Sondergebiet eindringen kann. Innerhalb des Geländes der Biogasanlage selbst, erfolgt künftig eine geordnete Entwässerung, so dass auch keine Nachbarflächen nachteilig beeinträchtigt werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die Aussagen zur Niederschlagsentwässerung gem. dem wasserrechtlichen Antrag im Bebauungsplan redaktionell zu ändern.

Abstimmungsergebnis: 13:0

4.1.8 Bayernwerk Netz GmbH vom 13.05.2024**Sachverhalt:**

Gegen das o. g. Planungsvorhaben bestehen keine grundsätzlichen Einwendungen, wenn dadurch der Bestand, die Sicherheit und der Betrieb unserer Anlagen nicht beeinträchtigt werden.

In dem von Ihnen überplanten Bereich befinden sich von uns betriebene Versorgungs-einrichtungen.

Beiliegend erhalten Sie einen Lageplan, indem die Anlagen dargestellt sind.

Der Schutzzonenbereich für Kabel beträgt bei Aufgrabungen je 0,5 m rechts und links zur Trassenachse.

Wir weisen darauf hin, dass die Trassen unterirdischer Versorgungsleitungen von Bepflanzung freizuhalten sind, da sonst die Betriebssicherheit und Reparaturmöglichkeit eingeschränkt werden. Bäume und tiefwurzelnde Sträucher dürfen aus Gründen des Baumschutzes (DIN 18920) bis zu einem Abstand von 2,5 m zur Trassenachse gepflanzt werden. Wird dieser Abstand unterschritten, so sind im Einvernehmen mit uns geeignete Schutzmaßnahmen durchzuführen.

Im überplanten Bereich befinden sich Anlagenteile der Bayernwerk Netz GmbH oder es sollen neue erstellt werden. Für den rechtzeitigen Ausbau des Versorgungsnetzes sowie die Koordination mit dem Straßenbausträger und anderer Versorgungsträger ist es notwendig, dass der Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Planbereich frühzeitig (mindestens 3 Monate) vor Baubeginn der Bayernwerk Netz GmbH schriftlich mitgeteilt wird. Nach § 123 BauGB sind die Gehwege und Erschließungsstraßen soweit herzustellen, dass Erdkabel in der endgültigen Trasse verlegt werden können

Ausführung von Leitungsbauarbeiten sowie Ausstecken von Grenzen und Höhen:

- Vor Beginn der Verlegung von Versorgungsleitungen sind die Verlegezonen mit endgültigen Höhenangaben der Erschließungsstraßen bzw. Gehwegen und den erforderlichen Grundstücksgrenzen vor Ort bei Bedarf durch den Erschließungsträger (Gemeinde) abzustecken.
- Für die Ausführung der Leitungsbauarbeiten ist uns ein angemessenes Zeitfenster zur Verfügung zu stellen, in dem die Arbeiten ohne Behinderungen und Beeinträchtigungen durchgeführt werden können.

Für Kabelhausanschlüsse dürfen nur marktübliche und zugelassene Einführungssysteme, welche bis mind. 1 bar gas- und wasserdicht sind, verwendet werden. Ein Prüfungsnachweis der Einführung ist nach Aufforderung vorzulegen. Wir bitten Sie, den Hinweis an die Bauherren in der Begründung aufzunehmen.

Die Standarderschließung für Hausanschlüsse deckt max. 30 kW ab. Werden aufgrund der Bebaubarkeit oder eines erhöhten elektrischen Bedarfs höhere Anschlussleistungen gewünscht, ist eine gesonderte Anmeldung des Stromanschlusses bis zur Durchführung der Erschließung erforderlich.

Auskünfte zur Lage der von uns betriebenen Versorgungsanlagen können Sie online über unser Planauskunftsportal einholen. Das Portal erreichen Sie unter:
www.bayernwerk-netz.de/de/energie-service/kundenservice/planauskunftsportal.html

Wir bedanken uns für die Beteiligung am Verfahren und stehen Ihnen für Rückfragen jederzeit gerne zur Verfügung. Wir bitten Sie, uns bei weiteren Verfahrensschritten zu beteiligen.

Abwägung

Der übermittelte Plan zeigt den Verlauf eines Mittelspannungskabel innerhalb der nördlich des Sondergebiets verlaufenden Staatsstraße. Weitere Anlagen der Bayernwerk Netz GmbH sind im Gebiet derzeit nicht vorhanden.

Die Stromleitung ist bei dem Ausbau der Staatsstraße mit der Linksabbiegespur zu berücksichtigen. Pflanzungen im Bereich des Stromkabels sind auszuschließen.

Dieses Areal liegt außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes und außerhalb des Gemeindegebietes.

Bzgl. des Stromkabels innerhalb der nördlich verlaufenden Staatsstraße 2051 ist unter Ziffer 4.3 der Satzung bereits ein Hinweis vermerkt.

Der Hinweis zu Hausanschlüssen wird ergänzend aufgenommen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Hinweis zu Kabelhausanschlüssen im Bebauungsplan redaktionell zu ergänzen.

Abstimmungsergebnis: 13:0

4.1.9 Zweckverband zur Wasserversorgung der Adelburggruppe vom 15.01.2024

Sachverhalt:

Verweis auf Schreiben vom 20.02.2024 an Herrn Ghedina (Plan Team Bozen)

Mit Schreiben vom 20.02.2024 teilt die Adelburggruppe mit, dass ein Anschluss an die öffentliche Trinkwasserversorgung aus technischer Sicht bei der Einhaltung gewisser Vorgaben möglich ist.

Das Schreiben liegt dem Vorhabenträger vor.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: 13:0

4.1.10 Staatl. Bauamt Freising E-mail vom 22.05.2024 / 23.05.2024

Sachverhalt:

Mit dem o.g. Bebauungsplan besteht Einverständnis, solange unsere Stellungnahmen vom 26.08.2022 und in unserer E-Mail vom 14.02.2024 weiterhin ihre Gültigkeit besitzen.

23.05.2024

zum o.g. Bebauungsplan bitte ich Sie zu unseren Stellungnahmen noch folgende Anmerkung hinzuzufügen:

Geltungsbereich: Im Bebauungsplan wird die geforderte Linksabbiegespur bereits dargestellt, jedoch außerhalb der Grenze des Geltungsbereiches.

Der durch die zusätzliche Linksabbiegespur betroffenen Bereich der St 2051 muss sich ebenfalls innerhalb des Geltungsbereiches befinden und dargestellt werden. Der Geltungsbereich im Bebauungsplan ist dahingehend zu ergänzen.

Abwägung

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes endet im Norden an der Gemeindegrenze zu Odelzhausen. Die Linksabbiegespur befindet sich – wie in den Planunterlagen beschrieben – damit außerhalb des Gemeindegebietes. Die Gemeinde Pfaffenhofen a.d. Glonn kann den Geltungsbereich somit nicht auf die Linksabbiegespur ausdehnen.

Der Sachverhalt wurde mit Herrn Schuderer vom Staatl. Bauamt telefonisch besprochen.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Aussage zur Kenntnis und verweist auf die Beschlussfassung vom 18.03.2024.

Abstimmungsergebnis: 13:0

4.2 Satzungsbeschluss

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt aufgrund des § 2 Abs. 1 Satz 1, des § 10 des Baugesetzbuches – BauGB- in der Fassung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20.12.2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394), des Art. 23 der Gemeindeordnung –GO- für den Freistaat Bayern (BayRS 2020-1-1-I) und des Art. 4 BayNatSchG folgenden

Vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Bioenergie Unterumbach“

in der Fassung vom 15.07.2024 als Satzung.

Abstimmungsergebnis: 13:0

5 Antrag auf Änderung des Bebauungsplanes "Unterumbach am westlichen Ortsrand"**Sachverhalt:**

Um dringend benötigte, zusätzliche Lagerflächen zu generieren, soll auf dem Grundstück Fl.-Nr. 3/26 Gemarkung Unterumbach eine Halle mit den Maßen 49,0 m x 13,30 m an die Westseite der bereits bestehenden Halle angebaut werden. Das Bauvorhaben liegt im Umgriff des Bebauungsplanes „Unterumbach am westlichen Ortsrand“, in dem darin dargestellten Mischgebiet „MI“. Um das Bauvorhaben zu verwirklichen, muss der Bebauungsplan geändert werden. Laut Antrag soll der bestehende Bauraum um 3,50 m nach Westen vergrößert werden.

Der im Bebauungsplan mit 6 m dargestellte Bereich „Private Grünfläche“ soll auf 3,0 m, sowie der Bereich zwischen neu geplanter Baugrenze und „Private Grünfläche“ von 3,5 m auf 3,0 m reduziert werden. Im Bebauungsplan ist eine maximale Grundflächenzahl von 0,6 festgesetzt. Eine Überschreitung der Grundflächenzahl im Sinne der §§ 14 und 19 Abs. 4 BauNV ist dort nicht zulässig. Die Flächen von Nebenanlagen, Garagen, Zufahrten usw. sind in der GRZ von 0,6 enthalten. Beantragt wird eine maximale GRZ von 0,85 für die Grundflächen von Hauptgebäuden, Nebenanlagen, Garagen, Zufahrten usw.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der beantragten Änderung des Bebauungsplanes „Unterumbach am westlichen Ortsrand“ zu.

Die Kosten für die Bebauungsplanänderung sind vom Antragsteller zu tragen. Ein entsprechender Planungskostenübernahmevertrag ist abzuschließen. Für die Durchführung des Verfahrens ist durch die Verwaltung ein Fachbüro zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis: 13:0

6 Antrag auf Vorbescheid zum Neubau eines Wohnhauses auf Fl.-Nr. 722/13 der Gemarkung Unterumbach, Moosweg, 85235 Oberumbach**Sachverhalt:**

Beantragt wird die Errichtung eines Wohnhauses mit den Maßen 6,50 m x 11,00 m. Das Bauvorhaben liegt nach Rücksprache mit dem Landratsamt Dachau im Außenbereich, im Geltungsbereich eines Flächennutzungsplanes. Gebietsart nach BauNV: Allgemeines Wohngebiet. Das Gebäude soll mit 2 Vollgeschossen ausgeführt werden.

Die bestehende Garage auf Fl.-Nr. 722/12 sowie die Grenze zwischen Fl.-Nr. 722/12 und 722/13 sollen entfernt werden.

Laut Antrag werden sich die Abstandsflächen zwischen dem Bestandsgebäude auf Fl.-Nr. 722/12 und dem geplanten Neubau auf Fl.-Nr. 722/13 überdecken. Die Prüfung, ob für diese Überdeckung eine Abweichung gewährt werden kann, liegt im Aufgabenbereich des Landratsamtes.

Beschluss:

Dem Antrag auf Vorbescheid wird unter folgenden Voraussetzungen zugestimmt:

- Öffentliche Belange laut § 35 (2) BauGB werden nicht beeinträchtigt
- beim nachfolgenden Bauantragsverfahren müssen die Stellplätze rechnerisch und zeichnerisch laut der gemeindlichen Stellplatzsatzung nachgewiesen werden
- die gemeindliche Abstandsflächensatzung ist zu beachten

Abstimmungsergebnis: 13:0

7 Hitzeperioden und Brandbekämpfung bei Stoppelbrand

Sachverhalt:

Der Stoppelbrand auf einem Weizenfeld bei Bayerzell im letzten Jahr hat gezeigt, dass eine wirkungsvolle Brandbekämpfung nur durch den sofortigen Einsatz und dem Zusammenspiel von Feuerwehr und Landwirten mit entsprechenden Gerätschaften, wie Pflug bzw. weiteren Bodenbearbeitungsgeräten oder einem schnell zur Verfügung stehenden Wasserfass, wie in anderen Gemeinden bereits vorhanden, zur Verfügung steht. Eine bzw. mehrere Rufgruppen könnten mit den Nummern von umliegenden Landwirten eingerichtet werden, um schnell eine entsprechende Selbsthilfegemeinschaft zu informieren.

Nun aber: Eine Brandbekämpfung ist aufgrund fehlender Löschmittel bzw. eingeschränkter Wasserversorgung auf den Feldern abseits der Ortschaften in der Regel nicht gewährleistet und benötigt, sofern in der Nähe ein Gewässer vorhanden ist, eine gewisse Einsatzzeit für den Aufbau der Wasserversorgung.

Um hier einen weiteren Baustein zur Vorsorge zu schaffen, schlägt die Verwaltung vor, an einem zentralen Punkt einen mobilen Löschwasserbehälter (Altes Güllefass) von Mai bis Oktober vollgefüllt zu stationieren, das im Bedarfsfall von den alarmierten und in der Regel dann auch betroffenen Landwirten abgeholt und zur Brandbekämpfung eingesetzt werden kann. Eine Anschaffung dieses mobilen Löschwasserbehälters mit einem Fassungsvermögen von mindestens 10.000 Liter wird vorgeschlagen. Nach Rücksprache mit den Kommandanten der gemeindlichen Feuerwehren sollen auch zentrale Wasserentnahmepunkte zur schnellen Auffüllung ausgewiesen und entsprechend ausgestattet werden (hier sollten nach eventueller Zustimmung durch den Gemeinderat Möglichkeiten geprüft werden).

Aufgrund der Erfahrungen des letzten Starkregenereignisses wäre es ebenso sinnvoll, diesen Löschwasserbehälter mit einer Saugvorrichtung zum Auspumpen von Kellern auszurüsten.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Beschaffung eines mobilen Löschwasserbehälters mit einem Volumen mit mindestens 10.000 Liter mit Saugvorrichtung zu.

Die Verwaltung wird gebeten, drei Angebote für ein gebrauchtes Fass einzuholen. Voraussetzung für die Anschaffung ist die Bereitschaft von Landwirten, bei einem entsprechenden Bedarfsfall ihre Kontaktdaten für eine rasche Alarmierung zu geben.

Die Entnahmestellen sind zu prüfen. Maximale Anschaffungskosten für Löschwasserbehälter 10.000 Euro und pro Wasserentnahmestelle 2.500 Euro.

Abstimmungsergebnis: 2:11

8 Breitbandausbau; weiteres Vorgehen**Sachverhalt:**

Der Breitbandausbau in der Gemeinde Pfaffenhofen a.d. Glonn ist derzeit noch nicht vollständig mit Glasfaser bis ins Haus erfolgt. Der sog. FTTH-Ausbau für den Ortsteil Pfaffenhofen a.d. Glonn sowie für einen Teil des Ortsteils Egenburg war aufgrund der damals schon vorhandenen Bandbreiten beim ersten geförderten Glasfaserausbau nicht förderfähig und musste daher zurückgestellt werden. Die übrigen Gemeindeteile sind vollständig mit Glasfaser erschlossen. Zwischen 2008 und 2021 hat die Gemeinde insgesamt nach Abzug der erhaltenen Förderungen rund 473.000 € Eigenmittel für den Breitbandausbau und damit für eine Aufgabe aufgewendet, die nach Art. 87f Grundgesetz eigentlich beim Bund liegen würde!

Im Jahr 2021 sollte zunächst für den Ausbau der noch nicht mit FTTH erschlossenen Gemeindeteile eine Förderung beantragt werden, im Rahmen der Anpassung der Förderrichtlinien war dann jedoch für geraume Zeit keine Antragstellung mehr möglich. Nach der Anpassung der Förderrichtlinien des Bundes und des Landes und der nun wieder bestehenden Fördermöglichkeit wurde der Breitbandausbau durch die Gemeinde zurückgestellt, um Synergieeffekte beim möglichen Bau einer Nahwärmeversorgung in Egenburg zu klären und ggf. auszunutzen.

Vom Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung Dachau (ADB) wurde Anfang Juni 2024 ein „Branchendialog“ für den gesamten Landkreis durchgeführt. Für die Gemeinde Pfaffenhofen a.d. Glonn hat nach Auskunft des ADBV keines der beteiligten Unternehmen einen eigenwirtschaftlichen Ausbau angekündigt. Damit wäre die Gemeinde aktuell zum Einstieg in ein Markterkundungsverfahren berechtigt, um damit in ein gefördertes Ausbaurverfahren einzusteigen.

Die vorgenannten, noch nicht ausgebauten Gemeindeteile sind seit geraumer Zeit durch die Deutsche Telekom mit VDSL versorgt, was Bandbreiten von bis zu 100 MBit/s ermöglicht. Der Gemeindeverwaltung liegen keine Erkenntnisse vor, dass diese Bandbreiten aktuell nicht ausreichend wären. Der Ausbau ist daher aus Sicht der Verwaltung derzeit nicht als dringlich einzustufen. Im Hinblick auf die aktuelle Haushaltslage wird daher vorgeschlagen, derzeit keinen geförderten Ausbau voranzutreiben, sondern vorerst die Entwicklung und einen später möglichen eigenwirtschaftlichen Ausbau durch ein Telekommunikationsunternehmen abzuwarten.

Beschluss:

Die Gemeinde Pfaffenhofen a.d. Glonn verzichtet bis auf Weiteres auf einen geförderten Breitbandausbau. Sofern in der Gemeindeverwaltung Probleme insbesondere von Gewerbetreibenden mit nicht ausreichenden Bandbreiten bekannt werden, wird der Gemeinderat darüber informiert, um über das weitere Vorgehen zu beraten. Ebenso soll vor geplanten Baumaßnahmen geprüft werden, ob eine Mitverlegung möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist.

Abstimmungsergebnis: 13:0

9 Umrüstung der Straßenbeleuchtung; Konzept für die abschließende Umrüstung im Jahr 2024**Sachverhalt:**

Der Gemeinderat hat am 13.02.2023 beschlossen, dass die verbliebenen, bisher noch nicht auf LED-Technik umgestellten Straßenbeleuchtungen unter Beanspruchung der möglichen Förderprogramme des Bundes und des Landes (Kofinanzierung) umgerüstet werden sollen. Nachdem die Förderzusagen beider Fördergeber seit Mai 2024 vorliegen, wurde vom Bayernwerk in Abstimmung mit der Gemeindeverwaltung ein Umrüstkonzept erstellt. Das Konzept sieht die Umstellung von noch 69 verbliebenen förderfähigen Leuchten vor. Damit soll eine jährliche Einsparung von gut 11.000 kWh und damit rund 5,73 t CO₂ jährlich erreicht werden. Die Umrüstung erfolgt nach Angaben des Bayernwerks noch in diesem Jahr und damit innerhalb des Bewilligungszeitraums der Fördergeber.

Gemeinde Pfaffenhofen a. d. Glonn

Beschlussbuch Seite 21

Sitzung des Gemeinderates vom 15.07.2024

Öffentlicher Teil

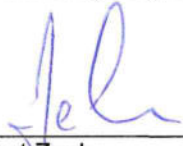
Die Kosten für die Umrüstung belaufen sich auf rund 38.000 € (ein förmliches Angebot folgt noch), diese Kosten amortisieren sich nach Berechnung des Bayernwerks innerhalb von rund 8 Jahren und 4 Monaten. Unter Berücksichtigung der zugesagten Förderung wäre die Amortisation für die verbleibende Investition der Gemeinde bereits nach rund zwei Jahren erreicht.

Damit sind dann sämtliche Brennstellen entweder auf die sparsame und umweltfreundliche LED-Technik umgerüstet oder (einige wenige Leuchten) bereits mit der bisherigen Technik so sparsam, dass eine Umstellung nicht förderfähig und auch nicht wirtschaftlich ist.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt das vorgelegte Umrüstungskonzept der Bayernwerk Netz GmbH zur Kenntnis und bevollmächtigt die Verwaltung, den Auftrag nach Eingang des Angebots zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: 13:0



Helmut Zech
Erster Bürgermeister



Michael Schwaak
Schriftführer